

Wir lassen uns nicht MUNdtot machen ...

Zettelkrieg

Was da nicht alles passieren kann. Wichtige, wenn nicht sogar heikle Informationen werden auf dieser Konferenz durch den allseits beliebten Komm-Service verschickt.

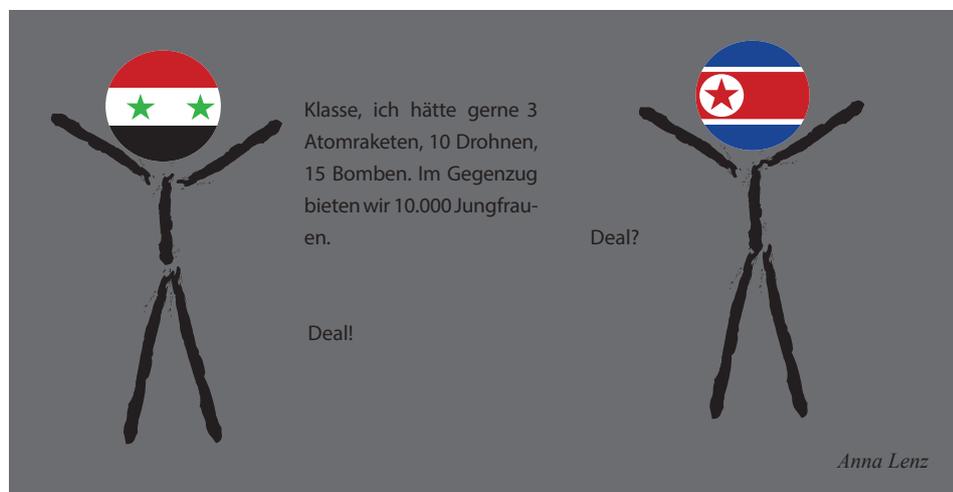
Das Heikelste wird natürlich nicht schriftlich übermittelt (außer in einigen Ausnahmefällen), sondern es muss zwischen den Zeilen gelesen werden. Doch manchmal ist es nicht so leicht, geheime Inhalte subtil zu verpacken. Dann müssen die Konversationspartner darauf hoffen, dass ihre Boten unzuverlässig sind und die Nachrichten hübsch gefaltet lassen. Aber zum einen stehen die Komm-Service-Mitglieder in der Pflicht die Nachrichten zu überprüfen und zum anderen, wer liest schon nicht gerne geheime Botschaften?

Es kann aber auch passieren, dass auf einmal ihre Exzellenz die Generalsekretärin zu einem Interview bereitsteht, obwohl

gar kein Interview geplant war. Da war jemand ziemlich lustig. Andere protestieren mit ihren eigenen Zetteln gegen Zensur durch den Komm-Service. Wieder andere versuchen ihr Date für den Abend zu finden, obwohl in den informellen Sitzungen genug Zeit ist. Auch die un-

endlichen Weiten der Mathematik werden erforscht.

Wenigstens bringen solche Nachrichten ein bisschen Freude in den Alltag der Komm-Service-Mitglieder, und für die Presse sind sie, offensichtlich, auch ein gefundenes Fressen.



Der Dresscode; bereit für ein Makeover?

Wir haben Sie gefragt: „ Welche Dresscode Vorschläge haben Sie für das nächste Jahr?“

Stimmen Sie ab wie Ihre Zukunft gekleidet sein soll!*

Jedes Land sollte ein Ländermerkmal tragen, welches das Land repräsentiert	☺ ☹ ☹
Für jedes Land sollte es Armbänder mit den jeweiligen Länderflaggen geben	☺ ☹ ☹
Die jeweilige Flagge wird auf das Gesicht gemalt	☺ ☹ ☹
Die Blusen oder Hemden sollen aussehen wie die Flagge des jeweiligen Landes	☺ ☹ ☹
Kopfbedeckung (Hutpflicht)	☺ ☹ ☹
Eine rote Fliege oder Krawatte ist Pflicht für die Männer	☺ ☹ ☹

**Scheiden Sie diesen Abschnitt aus und werfen sie ihn ausgefüllt in den Briefkasten der Print-
presse.*

Bitte werfen sie Ihre bevorzugte Dresscode Idee auf einem extra Zettel in den dafür vorgesehenen Briefkasten bei unserer Presseredaktion ein. Damit wir in der nächsten Ausgabe diese Umfrage auswerten können.

Johanna Elin Ciani, Francesca Adam

Kampf gegen Seuchen: Die “internationale Weißhelmtruppe”



Die Bedeutung von Weißhelmtruppen wurde gestern von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der Generalversammlung debattiert.

Alle sind gefordert, mit vereinten Kräften zu kämpfen.

Doch was bedeutet die Schaffung einer internationalen Weißhelm-Truppe im Rahmen der Vereinten Nationen? Ziel dieser Initiative ist die Erstellung eines umfassenden Konzepts zur effektiveren Bekämpfung von Epidemien. Teil eines solchen Konzepts soll die Bereitstellung von Ärzten und sonstigem medizinischem Personal, sowie deren Ausstattung und schnelle Verlegbarkeit in Krisenregionen sein. Parallel zu den Blauhelmsoldaten, die für die Friedenssicherung zuständig sind, sollen die Weißhelmsoldaten gegen Seuchen kämpfen. Die Sitzung drehte sich um zwei Schlüs-

selfragen: Soll die Verwaltung der Weißhelmtruppe über den Sicherheitsrat laufen? Und woher soll die Finanzierung kommen?

Unter anderem die Staaten Indien, Frankreich, Großbritannien, Amerika, die Türkei und Russland sprechen sich für die Weißhelmtruppe aus. Problematisch ist, dass es verschiedene Maßnahmen gibt, mit denen das gleiche Ziel erreicht werden kann.

Der Vertreter von Burkina Faso betonte, dass das Hauptproblem politische Unruhen und die damit einhergehende Instabilität sei.

Es wurde somit vorgeschlagen, einerseits eine UN-Weißhelmtruppe zu bilden, die die humanitäre Hilfe stärken und für mehr Sicherheit sorgen soll, aber auch um anderweitige Unterstützung zu leisten.

Die Delegierte des Königreichs Spanien unterstützte den Aufbau einer solchen Truppe. Als Zeichen dafür stehen sowohl die Friedensmissionen des Landes, als auch das Engagement während der Ebola-Krise in Afrika. Für eine bessere Kooperation Spaniens müsse die Frage der Finanzierung geklärt werden.

Nach massiver Kritik bezüglich des Krisenmanagements forderten die Staaten dazu auf, sich stärker für den Ausbau der Gesundheitssysteme zu engagieren. Die Weißhelme müssen unbedingt weltweit bereitstehen, um die Ausbreitung gefährlicher Epidemien zu vermeiden. Problematisch sind aber grundsätzlich die mangelhaften finanziellen Ressourcen und die organisatorischen Defizite.

Teodora Niculae,

Mut zum Engagement

Vielfalt auf der Konferenz

Wie bereits in den vorherigen Jahren weist die UN auch 2017 wieder eine große kulturelle Vielfalt auf. Die Mehrheit der Teilnehmer reist aus den verschiedensten Ecken Deutschlands an, aber auch Delegierte aus anderen Ländern sind vertreten. Dieses Jahr stammen einige von ihnen beispielsweise aus Spanien, Italien, Rumänien, Argentinien oder auch der Türkei.

Dies ist ganz im Zeichen des progressiven Mottos „Jugend lebt Zukunft“, unter welchem die diesjährige Konferenz steht. Durch die Zusammenarbeit mit Personen anderer Kulturen und Länder repräsentiert die UN so ein Leitbild für die Gesellschaft. Ihre Exzellenz die Generalsekretärin Johanna Schwarz legt Wert auf die Wichtigkeit von gesellschaftlicher Vielfalt. „Hab Mut, Vielfalt als Chance zu betrachten“, appelliert sie an ihre Hörer und macht damit deutlich, dass die MUN-SH „Jugend lebt Zukunft“ nicht einfach als bloßes Motto anerkennt, sondern es aktiv lebt.

Nun ist es an den über 400 Delegierten mit Diplomatie, Ideenreichtum und Kompromissbereitschaft diesem Motto entgegenzuarbeiten.

Francesca Adam, Johanna Elin Ciani

Einer für alle...

Ihre Exzellenz die Generalsekretärin Johanna Schwarz hat am Freitag den 03. März 2017 die Begrüßungsrede an die Presse für MUN-SH 2017 gehalten. Inhaltlich legte sie ihren Schwerpunkt auf die anwesenden Vertreter der Zivilgesellschaft.

Die Presse sei ein sehr wichtiges Instrument in der Politik und fungiere als das schlechte Gewissen der Entscheidungsträger. Sie könne die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zur Rechenschaft ziehen. Die Nichtregierungsorganisationen könnten mit auffälligen Aktionen und medienwirksamen Kampagnen die Aufmerksamkeit der Delegierten auf Missstände lenken.

Folglich sind sie gemeinsam eine starke politische Waffe. Mit einer guten Zusammenarbeit als Grundlage, können sie die Ergebnisse der Konferenz maßgeblich prägen.

Anna Lenz



Auf dieser Karte erhalten Sie einen Überblick aus welchen Ländern die Teilnehmer angereist sind. Besonders erwähnenswert ist, dass viele Mitwirkenden aus der Türkei stammen. Die Teilnehmerinnen aus Argentinien sind am weitesten gereist, um hier die NGO „Educates for human rights“ zu vertreten. Hierfür hat sie eine Luftlinie von 12.279,31 km zurückgelegt.



Polarisierende Debatte im Menschenrechtsrat

Die Generalsekretärin bringt frischen Wind in die Diskussion

Der Menschenrechtsrat bestimmte den Schutz der Rechte von LGBTQ* (Abkürzung für Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Queere und weitere, nicht von Normativen vertretene Menschen) zum ersten Tagesordnungspunkt. Die Wichtigkeit dieses Themas wurde also von der Versammlung anerkannt.

Dennoch gestaltete sich der Anfang der Debatte als schwierig; die Fähigkeit des Themas, zu polarisieren, wurde deutlich. Das Vereinigte Königreich formulierte, dass die gesamte westliche Welt besorgt sei um die Rechte von Minderheiten und fordert, dass diese durch die Menschenrechte in der UN noch besser geschützt werden sollten. Die Regionalgruppe Afrika hingegen machte schnell deutlich, dass ihren Ländern der Schutz der eigenen Bevölkerung wichtiger ist als die Rechte von Minderheiten. Sie befürchten, dass Unruhen im eigenen Land entstehen könnten, wenn sie die Rechte von Minderheiten mehr unterstützen würden.

Hauptargument der folgenden Debatte wurde häufig die vermeintliche Unvereinbarkeit von Religions- und Kulturfreiheit und dem Schutz von Menschen, die nicht der konservativen Norm entsprechen. Die Delegierte der Vereinigten Arabischen Emirate distanzierte sich in ihrer Rede stark von Rechten für LGBTQ*. Russland fügte hinzu, zum einen sei der Schutz von Kindern (gemeint vermutlich vor den vermeintlich „Andersartigen“) wichtig. Andererseits sei in keiner Religion Transidentität und Bi- oder Homosexualität vorgesehen, woraus die Delegierte schloss, dass das nur krank sein könne. Nigeria betonte, die Pflicht zur inneren Sicherheit und Ruhe eines Landes wiege stärker als die gegenüber Minderheiten. Der Delegierte warf die Frage auf, was es nütze, ein Alle-Sind-Gleich zu verbreiten, „wenn das Land danach unruhig wird und somit die Sicherheit gefährdet ist?“ Dagegen würde womöglich eine Aufklärung helfen, jedoch gefährde es ebenso den Frieden, wenn NGOs ins Land kämen und aufklären würden.

Auf die Frage, ob die Vereinigten Arabischen Emirate Bildungskampagnen grundsätzlich ablehnen würden, antwortete der Delegierte Nigerias, dass Bildung „grundsätzlich natürlich wichtig“ sei, jedoch die „Kostenfrage“ auch eine Rolle spiele. Der Delegierte Algeriens stimmte dem zu und ergänzte, es sei wichtig, unterschiedlich und je nach Kultur zu gewichten. „Es gibt unterschiedliche Werte in unterschiedlichen Kulturen. Das Land Algerien möchte lieber an religiösen Werten festhalten.“

So argumentierte auch der Delegierte des, ebenfalls vorwiegend muslimischen, Landes Bangladesch. Dieser hob hervor, dass das Menschenrecht der Religionsfreiheit nicht gegeben sei, wenn einem Staat „Westlichkeit aufgezwungen“ werde.

Obwohl nicht ganz so wortreich und ausführlich wie die der konservativeren, so gab es auch Stimmen der liberaleren Staaten, die den Schutz der Rechte von Minderheiten als wichtig erachteten. Das Vereinigte Königreich sprach in einem Statement vom „höchsten Gut“, das im Recht auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit liege, und das es auch zu schützen gelte. „Das Gut der Religionsfreiheit“ liege wiederum „bei jedem Einzelnen persönlich. Umso wichtiger ist also die Freiheit des Individuums.“

Nachdem der erste Teil der Debatte geprägt war von ablehnenden Redebeiträgen und Aussagen, was die Rechte jener Minderheiten der Gesellschaft betrifft, brachte die Rede Ihrer Exzellenz Frau Generalsekretärin neuen Wind in die anfangs sehr einseitige Debatte. Ihre Exzellenz machte das Gremium darauf aufmerksam, dass die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen haben. Ebenjene Rechte sollten nun das „Fundament der Arbeit“ sein, die „[u]niverselle Umsetzung ist Ziel der Organisation. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Charta verkündeten Rechte“. Zudem macht sie deutlich: „Ich verurteile aufs schärfste die Verfolgung von Homosexuellen, und wenn sie sogar im Staate

verankert wird.“

Ihre Exzellenz zeigte am Beispiel des Landes Irland auf, dass es funktioniert, das Recht auf Selbstbestimmung bezüglich Sexualität und Identität umzusetzen, obwohl man ein stark religiös geprägtes Land ist. Irland ist ein tief katholisches Land, das mit hoher Mehrheit für die Öffnung der Ehe gestimmt hat, trotz (oder gerade wegen?) der Religiosität.

„Damit ist Irland ein leuchtendes Beispiel für die internationale Gemeinschaft.“ Demzufolge sei die Rechtfertigung von Intoleranz durch Religion unzulässig

Zuletzt blieb der Appell: „Schreiben Sie eine zukunftsweisende Resolution, [...] die allen die gleichen Rechte gewährt. [...] Negieren Sie die Rechte von LGBT, so ist auch das Recht auf Religionsfreiheit obsolet“. Denn beide Rechte seien Bestandteil der Charta, bauen auf ihr auf. Möchte man, dass das eine Recht geachtet wird, sollte man auch ein anderes akzeptieren.

Dass die Rede Ihrer Exzellenz der Generalsekretärin wegweisend schien, war schon schnell merkbar: zum einen trauten sich nach ihrer Ansprache auch viel mehr Vertreter der liberal gestimmten Länder, Reden zu halten. Zum anderen zogen auch weitere Länder mit expliziten Statements nach: Es sei Grundsatz der Vereinten Nationen, dass alle Mitgliedsstaaten die gemeinsame Charta mit den Grundrechten anerkennen. Zudem gehöre ein „wissenschaftlich aufgeklärter Standpunkt“ dazu. Abweichende sexuelle Orientierung sei keine Krankheit, nicht übertragbar, sondern angeboren. Dementsprechend sei der Schutz von Kindern also nicht mehr nötig.

Der Menschenrechtsrat beschäftigt sich eingehend damit, wie man die theoretisch in der Charta festgelegten Menschenrechte in der Realität anwenden kann. Zu welchem Ergebnis das Gremium in diesem expliziten Fall die Minderheiten betreffend kommen wird, bleibt bisher nicht absehbar

Geschlossen gegen Energiearmut

Die Kommission für Wissenschaft und Technik macht sich stark!

In der globalen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts leben noch immer 1,2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu elektrischem Strom und somit in großer Energiearmut. Dies stellt ein bedeutendes Entwicklungshemmnis dar, vor allem in nicht urbanen Gebieten. Um diesen Missständen entgegenzuwirken, fordert die KWT nun alle Regionalgruppen zu intensiver Zusammenarbeit auf.

Im mehrheitlichen Konsens entschied das Gremium ihre Tagesordnung zu ändern und sich zuallererst dem Punkt „Zugang zu und Sicherstellung von Energie in nicht-urbanen Gebieten“ zu widmen. In diesem Thema gebe es, laut dem Delegierten Saudi-Arabiens, den dringendsten Handlungsbedarf. Man wolle den Fokus dabei auf den Einsatz erneuerbarer Energien setzen. Dazu müsse als erstes der Ausbau der Infrastruktur der Nationen ge-



fördert werden, die hauptsächlich von nicht urbanen Gebieten geprägt sind. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Fragen der Forschung und der Finanzierung: Hierbei geht es um den Austausch von Know-How, die Forschung zur Optimierung der Energiespeichermöglichkeiten und der Finanzierungsmöglichkeiten. Dazu wurde der Vorschlag geäußert, dass

Industrienationen finanzielle und wissenschaftliche Hilfestellung leisten sollen. Seitens des Vereinigten Königreichs wurde in Zusammenarbeit mit allen Regionalgruppen ein Resolutionsentwurf eingereicht. Aufgrund des allgemeinen Konsens im Gremium ist eine baldige Verabschiedung sehr wahrscheinlich.

Anna-Katharina Gülischer

CAN profiliert sich

Die Nichtregierungsorganisation „Climate Action Network“ (CAN) sticht bereits seit Beginn der Konferenz mit ihren Aktionen heraus. Gestern starteten sie in Kooperation mit Greenpeace International, Earthwatch, Reporter ohne Grenzen und Grassroots International eine Fotoaktion. Jeder Delegierte, der bei Entscheidungen in seinem Gremium nicht nur auf das Menschenwohl, sondern auch auf das Wohl der Umwelt achtet, konnte sich fotografieren lassen. Die Bilder werden von heute an, bis zum Ende der Konferenz ausgestellt. Zudem hängen seit heute verschiedene Karikaturen in den Toiletten des Kieler Landtages aus. Sie sollen zum Nachdenken über den Klimawandel und seine Folgen anregen. Der Schutz der Atmosphäre, bei gleichzeitigem Achten auf eine weltweite nachhaltige und gerechte Entwicklung, ist der Schwerpunkt der Organisation.

Anna Lenz



Brasilianischer Regenwald droht zu verschwinden

Die tropischen Regenwälder sind seit Jahren stark bedroht. Immer weiter werden immense Gebiete abgeholzt. Brasilien, eins der Länder mit einem der größten Flächenanteile am Regenwald, galt geradezu als Paradebeispiel für die Bekämpfung illegaler Abholzungen. So ging seit 2004 die Abholzung der brasilianischen Regenwälder besonders stark zurück, denn die Regierung richtete ihr Augenmerk verstärkt darauf illegale Rodungen zu unterbinden.

Nach dem Regierungswechsel 2014 und der seit dem anhaltenden Regierungskrise zeigte sich in 2016, dass die Abholzung wieder beträchtlich zugenommen hat. Allein zwischen August 2015 und Juli 2016 wurden laut der Süddeutschen Zeitung achttausend Quadratkilometer Regenwald vernichtet. Deutlich mehr als noch 2012. Besserung scheint nicht in Sicht.

Wie konnte es dazu kommen? Warum konnte Brasilien seine positiven Entwicklungen nicht dauerhaft festigen? Die Probleme sind vielfältig: soziale und politische Unruhen, Wirtschaftskrise, Korruption und ein enormer Schnitt zwischen Arm und Reich.

Allein in 2016 nahmen die Insolvenzanmeldungen im eigenen Land um 22% zu und das ist nicht die einzige negative Entwicklung, die in Brasilien, in den letzten Jahren stattfand. Auch auf internationalem Parkett ergeht es großen brasilianischen Unternehmen nicht besser, die Insolvenzanmeldungen zwischen 2015 und 2016 verdoppelten sich beinahe von 154 auf 296.

Der wirtschaftliche Boom den Brasilien zu Beginn dieses Jahrhunderts erlebte und der gute Voraussetzungen für den Ausgleich der sozialen Ungerechtigkeiten schuf, ist längst in einer Wirtschaftskrise geendet. Darunter leidet auch die Regierungssituation. Seit den Neuwahlen in 2014 befindet sich auch diese in einer Art Krise.

Offensichtlich verliert unter diesen Umständen der Schutz von Regenwäldern seine Wichtigkeit für die Regie-

rung. Grundvoraussetzung für einen verantwortungsbewussten Umgang mit endlichen Ressourcen, wie er im FnE diskutiert wird, ist demnach eine stabile Regierung, sowie eine stabile Wirtschaft. Denn dadurch könnte die Armut eingedämmt werden, wodurch weniger Individuen darauf angewiesen wären ihren Lebensunterhalt durch illegale Rodungen zu bestreiten.

Doch nicht nur die Regenwälder an sich sind durch die Abholzungen gefährdet. Aufgrund dieser rückläufigen Entwicklungen stehen auch die Ziele zur Senkung des CO₂-Ausstoßes auf der Kippe, denn die Wälder werden nicht grundlos als „grüne Lunge der Erde“ bezeichnet.

Außer zur Senkung des CO₂-Ausstoßes ist noch eine weitere verheerende Auswirkung der großflächigen Rodungen bekannt: Die Artenvielfalt schwindet.

Rinderweiden und Plantagen sind kein geeigneter Lebensraum für die wildlebenden Tierarten Amazoniens. Seit 1989 hat sich die Zahl der bedrohten Tier- und Pflanzenarten auf 627 erhöht. Betroffen sind zum Beispiel Flussdelfine und Spinnenaffen.

Möglicherweise ist Besserung aber doch in Sicht, denn Brasilien hat diese Probleme durchaus erkannt, sie müssen nur noch angegangen werden.

So ließ der Delegierte Brasiliens für das Forum für nachhaltige Entwicklung verlauten, dass man die Vernichtung der Regenwälder weiterhin im Blick habe. Da der eigentliche Grund für die illegalen Rodungen die starke Armut und sozialen Probleme sein, wolle man an diesem Punkt ansetzen und beispielsweise in Bildung investieren. Dies setzt aber auch wirtschaftliches Wachstum voraus. Es gehe darum eine Balance zwischen Wirtschaft und Naturerhaltung zu finden.

Wie diese Balance dann in der Realität aussieht, wird sich wohl erst in den nächsten Jahren zeigen.

NGO-Aktion im Menschenrechtsrat

Einige Nichtregierungsorganisationen starteten nach einem sehr anstrengenden ersten Debattevormittag eine aufwühlende Protestaktion: Nach dem Mittagessen kamen sie in den Menschenrechtsrat, der soeben einen Beitrag der NGO Religions for Peace gehört hatte. In seiner Rede machte der Vertreter der Nichtregierungsorganisation darauf aufmerksam, die Veränderung in den Köpfen der Menschen – und somit auch die allgemeine Besserung – käme durch Zwischenmenschliches, nicht durch staatliche Richtlinien. Nur so könne sich die Lage von LGBTQ wirklich ändern. Es gehe vor allem darum, in Bildungsangebote jeglicher Form solche Themen zu integrieren und damit die Akzeptanz und Toleranz von anderen Lebensformen, unabhängig davon, ob man sie toll findet, aktiv zu fördern und zu verbessern. Für diese Rede bekam er von vielen Delegierten Zuspruch, da er sowohl auf die Notwendigkeit besserer Rechte aufmerksam machte, als auch zeitgleich anerkannte, wo die Probleme liegen können.

Anschließend an die Rede des Vertreters von Religions for Peace starteten verschiedene NGOs eine Protestaktion. Die Aktivisten stellten eine formal gekleidete Hochzeitsgesellschaft dar. Das Brautpaar bestand aus zwei jungen Männern, die sich das Jawort gaben und die Ringe austauschten. Nachdem die Formalität vollzogen war, hängte die Hochzeitsgesellschaft Protestplakate mit Aufschriften wie „Gay ist okay“, „Why to be afraid to be en-GAYged?“, oder „Lieb` doch, wen du willst!“ an die Wand.

Durch den Redebeitrag der NGO Religions for Peace und die Protestaktion mehrerer NGO-Gruppen wurde die Debatte im Menschenrechtsrats um weitere Betrachtungswinkel ergänzt. Einige Reaktionen waren direkt und durch die Geschehnisse beeinflusst. Der Delegierte Katars wollte dringend die aufgehängten Plakate, die die Rechte von Homosexuellen fordern, abnehmen, oder während einer informellen Sitzung „Gegenplakate“ daneben hängen. Zudem wollten einige Delegierte Kurzbemerkungen oder Fragen zu der Aktion stellen, was jedoch nicht möglich war, da die Akteure dem keine Zeit gaben.

Kurzfristig haben die NGOs also eine Wirkung auf die Debatten des Menschenrechtsrats gehabt. Ob ihr Engagement auch langfristig reicht, um den politischen Diskurs maßgeblich zu verändern, bleibt weiter zu beobachten.

Klara Bolz

Faried-Louis Kayser

Binnenflucht

NGOs als Schlüssel zum Erfolg?



40,8 Millionen Menschen befanden sich im Jahre 2015 innerhalb ihrer eigenen Herkunftsländern auf der Flucht vor Naturkatastrophen, bewaffneten Konflikten, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Dabei stehen sie nicht unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention, was ihre Lage zusätzlich dramatisiert. Der Ausschuss für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen hat sich unter dem Thema „Schutz von Binnenflüchtlings“ den Problemen dieser Menschen angenommen.

Während der Diskussion wurden verschiedene Positionen deutlich. Ist die Situation der Binnenflüchtlinge eine interne Angelegenheit der Staaten? Ist es Aufgabe der anderen Staaten Hilfestellung zu leisten? Und welche Schlüsselrolle spielen die NGOs?

Einer der Gründe für die wachsende Zahl von Binnenflüchtlingen sind die von Gewalt dominierten Lebensumstände, wodurch sie gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Woher nun

die Hilfe für solche Menschen kommen soll, ist umstritten. Eritrea lehnt eine Zusammenarbeit mit NGOs kategorisch ab. Die Delegierte des Landes teilte auf der Konferenz mit, Eritrea würde seine Probleme alleine lösen und die NGOs würden nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten.

Earthwatch Institute dementierte diese Aussage: Die NGOs seien grundsätzlich dazu da, im Sinne der Menschen zu handeln.

Aber nicht alle Staaten lehnen die Zusammenarbeit mit NGOs ab. China zeigte zwar nur geringes Interesse an einer Kooperation und tendierte eher zu einer nationalen Lösung, trotzdem bestünde laut den Delegierten die Möglichkeit sich mit anderen Ländern auszutauschen.

Unterstützung bekommen die NGOs unter anderem von Deutschland. Die Delegierte des Landes hofft auf eine zunehmende Würdigung der Organisationen und erwartet zusammen mit dem Delegierten Frankreichs eine finanzi-

elle Unterstützung im Bereich der Bildung.

Uruguays Delegierte sprach sich für die uneingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der NGOs aus, da es sonst zu unnötig verlängerten Prozessen käme.

Die Vertreterinnen und Vertreter von UNICEF berichteten über erschwerten Zugang zu Krisengebieten: Für eine erfolgreiche Hilfestellung vor Ort sei eine gute Zusammenarbeit wichtig. United Nations Childrens Fund betonte zusätzlich die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit untereinander.

Es besteht kein Zweifel daran, dass NGOs eine Schlüsselrolle in der Diskussion um den „Schutz von Binnenflüchtlings“ spielen. Dennoch gibt es verschiedene Meinungen zum Umgang mit NGOs, was jedoch die Vielfalt der Vereinten Nationen zum Ausdruck bringt und somit respektiert werden sollte.

Maya Cocos, Alina Thomsen

Der Vortragsabend

Einblicke in die reale Welt der Diplomatie



Zum Ende des ersten Konferenztages von MUN-SH 2017 fand der alljährliche Vortragsabend statt. Die Konferenzteilnehmer hatten die Möglichkeit eines der vier spannenden Vortragsangebote zu unterschiedlichen Themen anzuhören.

Die am meisten besuchte Veranstaltung war ohne Frage die Podiumsdiskussion im Plenarsaal. Mit dem Titel „Unsere ungleiche Welt“ stand diese ganz im Zeichen der Leitfragen „Welche Ursachen und Folgen gibt es in einer globalisierten Welt für eine ungleiche Verteilung von Gütern, Wohlstand und Chancen?“ und „Welche Verantwortung müssen wir übernehmen und wie lässt sich die aktuelle Krise von Flucht und Migration nach Europa mit unserer ungleichen Welt erklären?“.

Als Redner der Diskussionsrunde traten Herr Jürgen Klimke, Herr Dr. Tobias Stöhr und Frau Prof. Dr. Silja Klepp auf. Klimke ist Bundestagsabgeordneter für die CDU und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Dr. Stöhr arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Prof. Dr. Klepp ist Professorin für Ethnologie an der CAU Kiel mit dem Forschungsbereich „Flucht, Migration und das EU-Grenzregime“.

Zunächst definierten die Redner wie diese Ungerechtigkeit entstanden sein könn-

te. Sie äußere sich in der ungleichen Verteilung von Gütern, Kapital und Bildung. Im Folgenden wurde auf die daraus resultierenden Folgen eingegangen, denn vor allem die Auswirkungen von Flucht und Migration hätten in den letzten Jahren einen Wandel nach sich gezogen. Anschließend wurden Möglichkeiten erörtert, die Ungleichheit zu bekämpfen. Dabei ging es unter anderem um langfristige Lösungsansätze, und die Möglichkeiten gegenwärtiger und kommender Generationen mit Hilfe von Bildung und Aufklärung die Zukunft zu gestalten.

Ein weiterer Punkt auf dem Programmzettel, war der Vortrag „Hauptsache etwas Sinnvolles“ von Herrn Daniel Großbrömer, des Referenten für den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst von Brot für die Welt. Er thematisierte Entwicklungshilfe- und Freiwilligenarbeitsprogramme in Entwicklungsländern für Jugendliche nach dem Schulabschluss. Im Zuge dessen stellte er verschiedene Hilfsmodelle vor und kam zu einer Einschätzung über deren Wirksamkeit. So stelle er verschiedenen Möglichkeiten dar, sich nah Schule oder Studium zu engagieren und einen interessanten Weg einzuschlagen.

Auskunft darüber, wie die Umsetzung eines Plans für eine persönliche engagierte Zukunft aussehen kann, erhielten die Zuhörer des Erfahrungsbericht „Arbeit auf internationalem Parkett - Über die Arbeit bei den Vereinten Nationen“ von Herrn Karl Gerhard Bornmann. Als Träger des

Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, welches er für seine besonderen Verdienste beim Einsatz zur Befreiung der Geiseln in der „Landshut“ in Mogadischu erhielt, wusste er über seine humanitären Einsätze im Auftrag der Vereinten Nationen zu berichten. Er vermittelte sehr anschaulich die weitreichenden Ausmaße solcher Aktionen.

Eine weitere Möglichkeit sich aktiv zu betätigen schilderte Frau Tjalke Weber in ihrem Vortrag „Von Kiel nach New York“. Sie beschrieb die Arbeit und Ausbildung im Auswärtigen Amt und betonte, wie bedeutsam außenpolitisches Interesse ist, um die Chance zu bekommen, eine Karriere im diplomatischen Dienst zu starten. Auch die regelmäßige Teilnahme an Model United Nations ist dabei hilfreich, sie selbst sei das beste Beispiel dafür.

Alles in allem war es ein sehr informativer Abend und wird so manch einen zum Nachdenken über künftige Pläne der eigenen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Beteiligung am Weltgeschehen gebracht haben.

Anna-Katharina Gülicher

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Model United Nations e.V.,

Wischenwinkel 1, 21147 Hamburg

Chefredaktion und ViSdP: Britta Splanemann,

Clara Klöcker

Layout: Carla Bock

Onlineredaktion: Britta Splanemann

Es handelt sich um Nachrichten

einer simulierten Konferenz

2017